

Deutsche Bank AG
Generalsekretariat
60262 Frankfurt am Main

Email: corporate.secretariat@db.com
Fax: 069 910-85560



Köln, 12.05.2010

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Deutschen Bank am 27. Mai 2010

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

Wir beantragen, den Vorstand wegen der Missachtung des humanitären Völker- und Menschenrechts und wegen Verstoßes gegen den eigenen Grundsatz, als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger zu handeln, nicht zu entlasten.

I.

Begründung

Die Deutsche Bank ist an dem israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems beteiligt. Elbit Systems liefert u.a. Sicherheitstechnologie für die Sperranlage in der Westbank und zwischen der Westbank und Israel.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat am 09.07.2004 die Sperranlage in ihrem Verlauf für eindeutig völkerrechtswidrig erklärt. Die Deutsche Bank verstößt mit ihrer Beteiligung gegen Grundsätze des Deutschen Global Compact Netzwerks, dem sie angehört. Dort heißt es u.a., dass Mitgliedsunternehmen die international verkündeten Menschenrechte respektieren und ihre Einhaltung innerhalb ihrer Einflussphäre fördern sollen. Darüber hinaus sollen sie sicherstellen, nicht bei Menschenrechts-verletzungen mitzuwirken. Die Deutsche Bank missachtet diese Verpflichtungen und profitiert vom Leid und der Not der Menschen in Palästina, verursacht durch eine Mauer, die mitten durch ihr Land verläuft.

Pensionsfonds aus Schweden und Norwegen haben Elbit Systems aus ihrem Portfolio entfernt, weil der Konzern Technologie zur Überwachung der Sperranlagen in der Westbank liefert. Der Ethikrat des schwedischen Första AP-Fonden stellte fest, dass Schweden und die EU die Sperranlage als Verletzung internationalen Rechts betrachten.

II.

Begründung

Die Deutsche Bank rühmt sich ihrer Verpflichtung auf soziale Werte und Praktiken wie angegeben:

„Die Deutsche Bank versteht Corporate Social Responsibility (CSR) als Investition in die Gesellschaft und damit in ihre eigene Zukunft. Ziel all unseres Handelns als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger ist es, soziales Kapital zu schaffen.“ (siehe Internetseite der Deutschen Bank, www.db.com/csr/de/content/soziales_kapital_schaffen.htm)

Derzeit widersprechen die Methoden der Deutschen Bank rund um die Krise des Wohnungswesens und der Zwangsvollstreckungen dieser Aussage. Andere Banken, die in Zwangsvollstreckungen in den USA verwickelt sind (Wells Fargo, U.S. Bank and JPMorgan Chase), haben sich mit der Organisation Common Ground aus Milwaukee, Wisconsin, getroffen. Die offizielle Äußerung der Deutschen Bank war immer wieder: „Die Deutsche Bank hat bei Zwangsversteigerungen keine Funktion.“ Die Deutsche Bank lehnt ein Treffen mit Common Ground ab, um die Rolle der Bank in der Krise zu diskutieren. Die Verantwortlichkeit zu leugnen, ist eine pflichtvergessene Vorgehensweise.

Unter zwei Gesichtspunkten halten wir die Methoden der Deutschen Bank für unverantwortlich:

- 1) Die Deutsche Bank trug zu dieser Krise bei, indem sie finanzielle Absicherungen für einige der Organisationen bereit stellte, die innerhalb der USA beim Anbieten von Subprime-Krediten führend waren. (Siehe: „Who’s Behind the Financial Meltdown“, a Center for Public Integrity study, www.publicintegrity.org/projects/entry/1349/)
- 2) Die Deutsche Bank ist ein bedeutender Akteur als Treuhänder für Immobilien in den Vereinigten Staaten. Als Treuhänder verdient das Unternehmen Geld, indem es die Beziehung zwischen Investoren und Forderungsverwaltern ermöglicht. Indem die Deutsche Bank dies tut, hat sie die Befugnis, im Interesse der Investoren zu handeln und sicherzustellen, dass die Forderungsverwalter verantwortlich handeln.
 - a. Die Immobilien, für die die Deutsche Bank in vielen Fällen als Treuhänder fungiert, werden für die Gemeinden unter dem Gesichtspunkt von Kriminalität und Sicherheit zu einer Belastung (z.B. Häuser als Drogenumschlagplätze, Brände).
 - b. Außerdem werden diese Häuser beträchtlich unter dem aktuellen Wert von Häusern in der Nachbarschaft an Spekulanten verkauft.

In beiden Fällen – öffentliche Sicherheit und Spekulanten – führen Handlungen der Deutschen Bank dazu, dass der Wert der Häuser von verantwortlichen Alteigentümern sinkt.

Die Deutsche Bank handelt als Treuhänder für diese Immobilien, weil sie dadurch beträchtliche Einnahmen für das Unternehmen erzielt.

Die Ergebnisse des Verhaltens der Deutschen Bank als Treuhänder dienen nicht als "Investition in die Gesellschaft oder in die eigene Zukunft der Deutschen Bank".

Die Weigerung der Deutschen Bank, für ihre Rolle in der Krise Verantwortung zu übernehmen, kompromittiert ihre Fähigkeit, ein „verantwortungsbewusster Unternehmensbürger“ zu sein. Folglich zerstört der Mangel an moralischer Verantwortlichkeit der Deutschen Bank soziales Kapital.

Wir erwarten von der Deutschen Bank, dass sie

- die Häuser abreißt, die nicht mehr mit vernünftigem Aufwand repariert werden können;
- den Verkauf von Immobilien an "Spekulanten" beendet und diese statt dessen an verantwortliche lokale Eigentümer verkauft;
- beträchtliche finanzielle Mittel in einen Wiederherstellungs-Fonds investiert.

Kurzfristig verlangen wir eine Zusammenkunft zwischen leitenden Offiziellen der Deutschen Bank und Verantwortlichen von Common Ground in Milwaukee bis zum 11. Juni 2010. Diese Zusammenkunft wird eine Diskussion in Gang setzen, wie man die Maßnahmen angegangen werden können und wie das Engagement für die Umgestaltung der Umgebung aussehen soll.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung verweigert.

Begründung

Der Aufsichtsrat kommt seiner Kontrollpflicht gegenüber dem Vorstand nicht in ausreichendem Maß nach. So verhindert der Aufsichtsrat nicht, dass die Deutsche Bank weiterhin verantwortungslose Investitionen tätigt und das humanitäre Völker- und Menschenrecht missachtet.

Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.